



HESSISCHER
LANDTAG

1946 - 2016



**70 Jahre Hessen:
Identität und
politische Kultur**



„HESSE IST, WER HESSE SEIN WILL“ LANDESBEWUSSTSEIN UND IDENTITÄTSPOLITIK SEIT 1945

Podiumsdiskussion

"70 Jahre Hessen: Identität und politische Kultur"

am 17. November 2016 im Hessischen Landtag

Es diskutierten:

Ministerpräsident a. D. Roland Koch
Ministerpräsident a. D. Hans Eichel
stellv. Ministerpräsidentin a. D. Ruth Wagner
Staatsminister a. D. Rupert von Plottnitz

Moderation: Dr. Richard Meng



Norbert Karlmann, Präsident des Hessischen Landtags:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlich willkommen im Hessischen Landtag, herzlich willkommen zu einer Veranstaltung im Rahmen des Programms zu „70 Jahre Hessen“! Herzlich willkommen heiße ich auch all die, die früher dem Landtag angehört haben; „Ehemalige“ nennen wir sie jetzt. Dazu gehören einige, die in diesen heiligen Hallen – den neu gebauten – keine Abgeordneten mehr waren, und einige, die nur hier Abgeordnete waren. Diesen Übergang habe ich gewählt, weil ich viele der Gäste gesehen habe.

Ich freue mich sehr, dass wir Sie alle begrüßen können. Wir sind für zwei Tage zusammengekommen, um über die Frage zu diskutieren und zu streiten – das haben wir heute auch schon ein bisschen gemacht, allerdings in höflichster Form, wie man im Hessischen Landtag hinzufügen muss –, wie die hessische Identität aussieht, aufgehängt an dem berühmten Satz von Georg August Zinn: „Hesse ist, wer Hesse sein will“. Dieser Satz ist so frappierend, dass er durch einen anderen wahrscheinlich nicht zu ersetzen ist. Also belassen wir es dabei. Das ist das erste Ergebnis von heute; mehr Ergebnisse haben wir nicht erzielt. Das reicht auch zunächst einmal.

Aber es ist kein einfaches Thema. Wenn wir 70 Jahre Hessen feiern, haben wir zunächst einmal die Jahreszahlen im Kopf: 1. Dezember 1946 – Volksabstimmung über die Verfassung, Wahl des ersten Hessischen Landtags. Der erste Hessische Landtag konstituierte sich am 20. Dezember 1946, wählte Otto Witte zu seinem ersten Präsidenten und bildete die erste Regierung. Christian Stock war der Ministerpräsident des ersten frei gewählten hessischen Parlaments.

Seit dieser Zeit sind viele Jahre ins Land gegangen – weltgeschichtlich gesehen scheinen es wenige zu sein, aber hessengeschichtlich gesehen sind es unwahrscheinlich viele. Sieben Jahrzehnte sind vergangen, die auf die unterschiedlichste Art und Weise geprägt waren. Vielleicht kann man diesen Zeitraum ein bisschen untergliedern: die Zeit bis Mitte der Siebzigerjahre und die Zeit danach. Aber ich will mich nicht intensiver damit beschäftigen.

Als ich Abgeordneter wurde – 1987, wie Roland Koch –, haben wir über die früheren Zeiten nur aus Büchern und aus Diskussionen erfahren. Aber



es waren noch einige da, mit denen wir darüber diskutieren konnten. Allerdings war es schon ein bisschen anders, zumal es damals einen Regierungswechsel gab: von der SPD als führender Partei zur CDU – immer gemeinsam mit Ruth Wagner und der FDP. Das bedeutet für mich auch eine Art Identifikation.

Meine Damen und Herren, vor uns liegen wichtige Termine: Am 30. November 2016 wird es eine Sondersitzung des Landtags geben, in der sich alle Fraktionen zu dem Thema „70 Jahre Hessen“ äußern werden. Am Abend des 30. Novembers 2016 werden wir rund um das Kurhaus gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern feiern. Am 1. Dezember 2016 wird ein Festakt stattfinden: Wir werden an diesen beiden Tagen die Wilhelm-Leuschner-Medaille – die höchste Auszeichnung des Landes Hessen – verleihen. All das gehört dazu, wenn man 70 Jahre alt wird – in angemessener Form: nicht übertrieben, aber auch nicht in allzu bescheidener Zurückhaltung.

Im Konzert dieser unterschiedlichen Veranstaltungen des Landes Hessen – Parlament, Regierung, Staatsgerichtshof, also unsere drei Gewalten – haben wir uns im Landtag, speziell auf die Historische Kommission des Landtags zur Erforschung der parlamentarischen Geschichte bezogen, die seit über 30 Jahren existiert, die Frage gestellt, was wir beitragen können, außer zu feiern. Ein bisschen Nachdenken soll auch noch sein. Aus diesem Grund haben wir diese Tagung veranstaltet. Wer heute dabei war, hat gemerkt, dass dies ein interessantes und schwieriges Thema ist und auch eines, das uns in Zukunft begleiten wird. Das ist der große Vorteil: In der Historischen Kommission haben wir weiterhin Arbeit.

In diesem Sinn stellt sich wiederum die Frage: Worüber diskutieren wir politisch? Natürlich schwingt etwas Nostalgie bei der Frage mit, ob es Menschen gibt, die uns aufgrund der Erfahrungen, die sie in ihrer aktiven Zeit gemacht haben – die nun vorbei ist –, und aufgrund ihrer aktuellen Erfahrungen mit Politik etwas sagen können. Ja, die gibt es.

Hier stellt sich die Frage, mit wem wir uns unterhalten. Als dieses Land gegründet wurde, und noch bis in die Achtziger- und Neunzigerjahre gab es im Landtag drei respektive vier Fraktionen. Was die vier Parteien betrifft, die bis 1978 vertreten waren – im Wesentlichen waren es drei –, ging es darum, Persönlichkeiten zu finden, die sich heute Abend auf diesem Podium vor die drei Fahnen setzen, nämlich die hessische, die deutsche und die europäische, und aufgrund ihrer riesengroßen Erfahrung und ihrer Erinnerungen über dieses Thema diskutieren. Um es einmal locker zu sagen: Ich bin wirklich froh, dass wir dieses Quartett zusammenbekommen haben.

Ich begrüße zunächst Herrn Ministerpräsident a. D. Hans Eichel. Lieber Herr Eichel, herzlich willkommen. Es ist schön, dass Sie hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße Herrn Ministerpräsident a. D. Roland Koch. Roland, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße – ich kann nicht alles aufzählen; das ist es, was ich bewusst sagen möchte – die stellvertretende Ministerpräsidentin a. D. Ruth Wagner. Liebe Ruth Wagner, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Mit Rupert von Plottnitz begrüße ich noch einen stellvertretenden Ministerpräsidenten a. D. Lieber Herr von Plottnitz, auch Sie heiße ich herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Als es um die Frage ging, wer das Ganze moderiert, ist in meiner Erinne-

rung ein Name aufgeblitzt: ein Journalist, aus der Wetterau kommend – was schon einmal von Bedeutung ist. Er war Korrespondent bei der „Frankfurter Rundschau“ und ist dann nach Berlin gegangen; ab und zu haben wir ihn im „Frühshoppen“ erlebt. Schließlich wurde er Sprecher des Berliner Senats. Dr. Richard Meng, herzlich willkommen. Vielen Dank, dass Sie die Moderation übernommen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe inhaltlich nichts dazu beizutragen. Ich möchte, dass Sie diskutieren. Deshalb gebe ich jetzt das Wort an Richard Meng, der alles Weitere erläutern wird. Bitte schön.

Dr. Richard Meng, Moderation:

Meine Damen und Herren, ein Hallo auch von mir! Bevor wir hier oben auf dem Podium zusammenkommen, möchten wir Ihnen als Einführung einen kleinen Film zeigen, der wichtige Momente der hessischen Geschichte zusammenfasst. Lassen Sie ihn uns gemeinsam anschauen.

Gleich zu Beginn will ich aber noch sagen: Glücklicherweise ein Land, in dem man nach 70 Jahren immer noch darüber diskutieren kann, worin die Identität besteht. Ich finde das gar nicht schlimm; ich finde, das ist vielleicht sogar etwas, was Hessen ausmacht – und weiter ausmachen sollte. Deswegen sollten wir die Ergebnislosigkeit der heutigen Historikertagung eher als Herausforderung betrachten. Das Schöne ist, dass auf dem Podium gleich Leute sitzen werden, die das Land, das seine Identität so schwer definieren kann, über Jahre hinweg repräsentiert haben. Das ist in Hessen kein Widerspruch, sondern darin besteht vielleicht sogar die Qualität.

So weit meine kleine Einleitung. Jetzt schauen wir uns den Film an, und dann fangen wir an, darüber zu diskutieren.

(Es folgt ein Film über die Geschichte des Landes Hessen nach dem Zweiten Weltkrieg.)

Auch ich fühle mich durch die Worte des Ministerpräsidenten eingemeindet: Ich bin in Hessen geboren, also bin ich Hesse. Ich hoffe, es stört nicht, dass ich gelernt habe, mich auch mit der Bundeshauptstadt zu identifizieren. Das braucht nicht zu schaden.

Ich würde gern an den Film anknüpfen. Wir haben gerade gesehen, wie viele bewegte Momente es in diesen 70 Jahren gegeben hat. Das hat wahrlich nicht jedes Land erlebt. Zunächst einmal: Gibt es für Sie persönlich historische Momente, die in Ihnen nachwirken, oder gibt es einen einzigen Moment, von dem Sie sagen würden: „Das war für mich der hessische Moment“?

Ruth Wagner, stellvertretende Ministerpräsidentin a. D.:

Für mich ist das mit dem nationalen Moment der Wiedervereinigung verbunden. Wir hatten in Hessen die Beziehungen zu Thüringen schon lange vorher gepflegt. Ich war z. B. Mitglied der Goethe-Gesellschaft in Weimar.

Mit meiner Fraktion habe ich eine Reise nach Thüringen unternommen, als man in den ersten Annäherungsphasen dorthin fahren konnte. Damals habe ich mit meiner Fraktion zum ersten Mal das KZ Buchenwald besucht. Wir haben mit DDR-Bürgern und mit dem Mann, der uns durch das KZ geführt hat – er trug Sträflingskleidung –, darüber diskutiert und danach das Goethe-Haus und anderes mehr besucht. Diese Nachbarschaft Thüringen/Hessen – beide Länder waren über Jahrhunderte hinweg miteinander verbunden – war für mich etwas, was ich gar nicht beschreiben kann. Durch diese Begegnung im Jahr 1985 sind mit Weimaranern und mit Dresdnern Freundschaften fürs Leben entstanden. Wir standen zusammen mit den jungen Leuten auf dem Appellplatz von Buchenwald, und plötzlich haben diese 30-Jährigen den DDR-Führer angegriffen und gesagt: Die 17- bis 20-Jährigen haben keine Schuld daran.

Dann gab es im Kasseturm gegenüber dem Postgebäude in Weimar eine Diskussion darüber, ob die deutsche Wiedervereinigung noch möglich ist. Das wurde natürlich verneint. Es war gar nicht klar, dass drei Gruppen von westdeutschen Studenten darunter waren und drei aus Ostdeutschland. Daraus sind Freundschaften fürs Leben entstanden.

Eine meiner wichtigsten Erfahrungen war, dass wir Hessen dann geholfen haben. Der Fahrer, den ich als Vizepräsidentin hatte, hat den Wagen in einem Jahr zu Schrott gefahren: 100.000 km hat er zurückgelegt. Das, was wir dort an Hilfe geleistet haben, war eine der besten Zusammenarbeiten im Rahmen der Wiedervereinigung.

Dr. Richard Meng:

Roland Koch, was ist Ihr historischer Moment?

Roland Koch, Ministerpräsident a. D.:

Ich glaube, so weit können wir da nicht auseinanderliegen. Die Wiedervereinigung ist wichtig, aber im Hinblick auf meine Amtszeit würde ich sagen, der 11. September 2001 mit den daraus entstehenden Unsicherheiten oder Beeindrucktheiten gehört sicherlich zu den Dingen, die auf der nationalen Ebene eine Rolle gespielt haben.

Was Hessen betrifft, gibt es eine ganze Reihe schöner Erlebnisse und Ereignisse, die allerdings – das wollen wir zugeben – nicht unbedingt Weltbedeutung hatten. Jetzt ist Hessen 70 Jahre alt geworden; während meiner Amtszeit haben wir das 60-jährige Bestehen gefeiert. Sie werden verstehen, dass ich den Abend, an dem die CDU die absolute Mehrheit bekommen hat, auch in Erinnerung behalten werde.

Hans Eichel, Ministerpräsident a. D.:

Deutsche Einheit als historischer Moment – ja, aber damals war ich Oberbürgermeister von Kassel, und wir hatten vorher eine Partnerschaft mit Arnstadt geschlossen.

Was Hessen betrifft, so ist meine Perspektive eher ungewöhnlich. Es war 1968 oder etwas früher: Die Landesregierung unter Georg August Zinn





ließ die revoltierende Studentenschaft vom Verfassungsschutz beobachten. Nicht Georg August Zinn hat diese Verfassungsschutzmitarbeiter geschickt, sondern Günter Wetzel, Staatssekretär im Innenministerium – der übrigens später zur CDU gegangen ist. Wir Studenten haben das als Ungeheuerlichkeit empfunden. Der Verfassungsschutzmann war in Gießen; ich habe zu der Zeit in Marburg studiert. Wie gesagt, wir haben das als Ungeheuerlichkeit empfunden, und diese Empfindung hätte unter Umständen auch in Aggression umschlagen können.

Dann gab es eine ganz intensive Landtagsdebatte, bei der man fast den Eindruck hatte, dass Georg August Zinn Gefahr lief, einen Schlaganfall zu bekommen, so erregt war er. Er hat die Studenten in Schutz genommen, was dann dazu führte, dass der Staatssekretär entlassen wurde, und hat gesagt: Das können die machen. Wir haben keinen Grund, die Studenten deswegen als Verfassungsfeinde anzusehen und den Verfassungsschutz dorthin zu schicken.

Das war ein Moment, in dem die linke Studentenschaft wieder ein bisschen Vertrauen zum Staat – oder jedenfalls zu Repräsentanten des Staates – gefasst hat. Wir waren damals eigentlich mehr oder weniger auf dem Abmarsch. Dass sich dann einer der führenden Repräsentanten des Staates so vor uns gestellt – nicht inhaltlich – und gesagt hat: „Das dürfen die; deswegen sind das keine Verfassungsfeinde“, war für uns ein ungeheurer Vorgang. Es hat unser Denken dann völlig verändert. Für mich war von dem Augenblick an klar, dass ich in der SPD bleibe.

Dr. Richard Meng:

Herr von Plottnitz, gibt es einen historischen Moment, der für Sie noch gewichtiger war als die Vereidigung des „Turnschuhministers“?

Rupert von Plottnitz, stellvertretender Ministerpräsident a. D.:

In der Tat. Mit Erfahrungen mit dem Verfassungsschutz könnte ich auch aufwarten; allerdings habe ich sie nicht als solch historische Momente in Erinnerung, wie sie es vielleicht sein können.

Aus meiner Sicht ist der Einzug der GRÜNEN – gleichzeitig auch mein eigener – in den Hessischen Landtag und damit die Inklusion in den Parlamentarismus ein solches historisches Ereignis. Warum? – Hans Eichel hat gerade gesagt, er gehöre zu jenen, die seinerzeit „auf dem Abmarsch“ gewesen seien. Ich gehöre zu denjenigen, die schon längst abmarschiert waren; ich war immer in den Reihen der außerparlamentarischen Opposition engagiert.

In ihren Reihen gab es, wie man sich erinnert, viel Skepsis gegenüber dem System der parlamentarischen Demokratie. Die Konfrontation mit dem Parlamentarismus im Landtag war für mich in der Tat eine sehr beeindruckende Angelegenheit, vor allen Dingen die Erfahrung, dass man dort mit Mitgliedern des Landtags konfrontiert war, mit denen man in den wenigsten Angelegenheiten einer Meinung war, denen aber eines nicht abzusprechen war – das konnte man sehr schnell merken – : Sie alle kämpften für ihre politische Überzeugungen, suchten Mehrheiten dafür und insistierten auf demokratischer Legitimation. Ich muss sagen, das war ein beeindruckendes Erlebnis für jemanden wie mich – ich war schon weit über 40, als ich im Landtag begonnen habe –, gerade im Hinblick auf die Erfahrungen und Annahmen, die ich als Mitglied der außerparlamentarischen Opposition gemacht hatte.

Dr. Richard Meng:

Eine kleine Zwischenbilanz: Ich finde es ganz interessant, dass bei denen, die hier auf der linken Seite sitzen, die Assoziationen eher in Richtung Konflikt Erfahrung gehen: der Art und Weise, wie in Hessen mit Konflikten umgegangen worden ist. Das war nämlich zum Teil durchaus anders als anderswo – vielleicht auch langwieriger und komplizierter, auf jeden Fall aber anders. Bei Ihnen auf der anderen Seite stand dagegen eher die

Freude im Mittelpunkt der Assoziationen – was auch okay ist und das historische Bild durchaus abrundet.

Ich würde jetzt mit Ihnen gern die Landesgeschichte ein bisschen unter dem Aspekt durchgehen: Was hat identitätsstiftend gewirkt? Was hat nachgewirkt? Was war besonders? – Wenn ich nicht ganz falschliege, lassen sich drei Phasen der hessischen politischen Geschichte feststellen: Die erste ist die Aufbauphase; das ist klar. Die zweite war die Konfliktphase, die sicherlich mehr als ein Jahrzehnt andauerte und in der sich die Mehrheiten oft schon verschoben haben, wenn es Änderungen bei einem Sitz im Landtag gab. Hessen war das, was man heute einen „Battleground State“ nennen würde, in dem die gesamten Konflikte der Republik ausgetragen wurden. Dann sind wir in die dritte Phase eingetreten – die jetzt aber schon eine Weile andauert –, die ich eher als durch Routine geprägt beschreiben würde. Die Fragestellungen sind deswegen nicht weniger anspruchsvoll; aber die Landespolitik hat an Routine gewonnen.

Ich will mit der Aufbauphase anfangen. Hans Eichel, wie hat es die SPD eigentlich geschafft, zu einer Staatspartei zu werden – ähnlich der CSU in Bayern in diesen Zeiten –, und was ist in Hessen irgendwann anders gelaufen als in Bayern?

Hans Eichel:

Nach dem Krieg war die SPD die Partei, die sozusagen schnell wieder da war, auch weil sie auf Strukturen zurückgreifen konnte, die seit der Weimarer Zeit wenigstens da und dort ein bisschen überlebt hatten: im

Widerstand, im Versteck usw. Die CDU war dagegen eine völlig neue Partei: Sie hatte es ein bisschen schwerer. Für die LDP galt das ebenfalls. Ich glaube, das war der erste Grund.

Der zweite Grund war, es gab in Hessen eine Übereinstimmung – das war nachher der Verfassungskompromiss, einen Moment sah es fast so aus, als ob man auseinanderrennen würde – zwischen der SPD und der CDU, bei der damals die christliche Soziallehre, vor allem von Frankfurt aus geprägt, sehr stark dominierte. Sie passte mit dem demokratischen Sozialismus, wie ihn die SPD vertreten hat, gut zusammen. So hat übrigens die Hessische Verfassung ein Merkmal, das keine andere deutsche Landesverfassung hat: Sie hat einen ganz starken wirtschaftlichen Teil. So ist

das Bundesland Hessen damals zu einem Gegenstück zur Adenauer-Republik geworden. Das war die erste große Linie. Eine solche Bedeutung hat Hessen nie wieder erlangt.

Wenn man sich heute noch einmal den Wirtschaftsteil der Hessischen Verfassung ansieht – man muss es nicht teilen, was dort steht –, stellt man fest, dass er unglaublich klar und eindeutig ist: Dort sind ganz früh die Mitbestimmung im Betrieb und die Arbeitnehmerrechte zentral geregelt, und in dieser Verfassung werden wie in keiner anderen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus gezogen. Das war in der Tat prägend für all diejenigen, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren nicht mit der Adenauer-Republik einverstanden waren.

Dr. Richard Meng:

Sie haben Hessen als ein „Gegenstück zur Adenauer-Republik“ bezeichnet. Mir ist aus meiner Kindheit in Erinnerung, dass viele Ältere sagten: Bei der Bundestagswahl wählen wir CDU, bei der Landtagswahl SPD; das eine können die besser, das andere die. – Ist das schizophren?

Hans Eichel:

Die SPD hatte ein bisschen das Problem – heute wird manchmal wieder unter diesem Gesichtspunkt darüber diskutiert –, dass sie als der Betriebsrat der Republik galt, der aber den Betrieb nicht führt. Das war in der Bundesrepublik für uns Sozialdemokraten ganz lange Zeit das Problem. Deswegen hatte die Große Koalition damals eine ganz andere Bedeutung als heute: klarzumachen, dass die SPD regieren kann. Aber in Hessen und in den Kommunen hat sie bewiesen, dass sie es kann. Nur hat es sehr lange gedauert, bis es auch auf der Bundesebene gelang. Insofern war Hessen ein Leuchtturm für die Sozialdemokraten bundesweit.

Dr. Richard Meng:

Roland Koch, vielleicht können Sie uns erklären, was in Hessen anders lief und warum es nicht so weiterging wie in Bayern: warum eine Partei, die bis auf wenige, eher katholisch strukturierte Gebiete wie Fulda hegemonial war, plötzlich angreifbar wurde und warum sich während eines langen, Jahrzehnte dauernden Prozesses Hegemonien verschoben haben.

Roland Koch:

Man muss in der Tat zunächst fragen: Warum ist Hessen, auch für die politischen Beobachter, die ganze Zeit über ein solch spannendes Land gewesen? In Hessen ist die landsmannschaftliche Komposition nicht ganz einheitlich; deshalb reden wir über Identität. Das hat zur Folge, dass sich Veränderungen in der Gesellschaft anders und schneller abbilden können, und es finden sich sozusagen eher Grenzzonen, in denen gestritten wird, sodass man nicht auf einen einheitlichen Resonanzboden trifft. Vielmehr wird einmal der eine, einmal der andere stärker. Das hat auch die gesellschaftlichen Strömungen ein Stück weit abgebildet.

Meiner Einschätzung nach waren die Sozialdemokraten in den ersten Jahrzehnten unter anderem deshalb so erfolgreich – ich teile Hans Eichels Meinung nicht ganz, obwohl gesellschaftspolitisch sicher einige Argumente dafür sprechen; Sie haben ebenfalls hinterfragt, ob das in der Bevölkerung als Gegenstück zur Adenauer-Republik gesehen wurde –, weil Georg August Zinn und möglicherweise auch Albert Osswald und Holger Börner Menschen waren, die, neben der Parteipolitik, das Land in einer sehr bürgerlichen Weise repräsentiert haben. Dabei will ich diesen Begriff politologisch nicht hinterfragen. Der Hessentag ist für mich ein schönes Beispiel dafür, dass solche zusammenführenden Elemente die Frage „CDU oder SPD?“ nicht mehr so wichtig erscheinen ließen. Es war eine Partei, die weit über die Grenzen der klassischen sozialdemokratischen Wählerschaft hinaus – wenn man es programmatisch und politologisch betrachtet – wirken konnte.



Mit Beginn der Zusammenarbeit mit den GRÜNEN ist diese „Überidentität“ der SPD – um es einmal so zu nennen – nach meiner Einschätzung zerbrochen und auf das normale sozialdemokratische Potenzial von Wählern und ihren Überzeugungen reduziert worden. Das war, wie man gesehen hat, in Hessen immer noch riesengroß, aber es war ein anderes, und es war deshalb leichter attackierbar. Zudem war es eigentlich nur die Hälfte. Deshalb waren ab dem Zeitpunkt eigentlich Wahlkampfauseinandersetzungen und knappe Mehrheiten angesagt. Das hat aus meiner Sicht die SPD an der Stelle nicht schlechter, aber normaler gemacht, und damit war sie auch angreifbarer.

Dr. Richard Meng:

Hans Eichel will einhaken, und mir fällt dazu gerade der Begriff „postfaktisch“ ein – den es erst seit ein paar Wochen gibt. Aber vielleicht waren Zinn und Adenauer gar nicht so verschieden. Wollten Sie das sagen?

Roland Koch:

Nein. Ich glaube, man muss da bei der Art und Weise, wie man Gesellschaft repräsentiert, ein bisschen unterscheiden. Das hat in einem zerstörten Land eine andere Funktion als unter unseren heutigen Bedingungen: Symbole von Staatlichkeit und das Schaffen einer bewusst übergreifenden Identität, um die Dinge erst einmal wieder zusammenzubekommen. Ich glaube, da waren sie sich in vielen Dingen durchaus einig. Sie wurden in ihrer jeweiligen Gesellschaft sehr patriarchalische Figuren. Eine solche patriarchalische Figur hat die politischen Grundüberzeugungen – ob man etwas verstaatlicht oder nicht, ob man dieses oder jenes macht – ein Stück weit überstrahlt. Das war für die Republik und für das Land Hessen wahrscheinlich gut – ich will das historisch gar nicht bestreiten –, aber es hat auch die politischen Konflikte zum Teil gelähmt.

Die CDU hatte riesengroße Probleme, dagegenzuhalten. Erst nach Jahrzehnten, als die politischen Konflikte größer geworden sind – in den Siebzigerjahren, im Nachgang zu 1968 –, konnte Alfred Dregger erfolgreicher sein, als es vorher bei allen anderen Kämpfern der Fall war. Als er im Landtag auftrat, hatte er einen viel größeren Prozentsatz von Wählern hinter sich und hat daher eine ganz andere Opposition begründet. Vor 1970 gab es eine solch relevante Opposition gar nicht; da war die SPD sozusagen allein im Land.

Dr. Richard Meng:

Hans Eichel will widersprechen.

Hans Eichel:

Nein, ich will nicht widersprechen, sondern ich will etwas Biografisches hinzufügen. Zinn war so etwas wie ein linker Aristokrat. Mein Großvater war so konservativ – wenn er einmal sang, sang er „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben? Die Fahne schwebt mir weiß und schwarz voran“ –, dass er niemals die Nazis wählen konnte. Er konnte Adenauer überhaupt nicht wählen, weil Adenauer katholisch war. Das war für meinen Großvater unvorstellbar. Aber Zinn konnte er wählen. Warum? – Zinn war in der Tat eine sehr aristokratische Erscheinung; das hat ihn sehr bestimmt.

Ich will aber noch etwas zu Hessen und Bayern sagen: Ein großer Unterschied besteht darin, dass das Land Hessen eine Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Bayern ist das einzige Land, das als solches sozusagen durch die Geschichte gegangen ist. Zudem hat es die Alpen im Rücken; das macht auch etwas aus. Mit anderen Worten: Wenn man das Land hat, hat man es lange Zeit – obwohl es nach dem Krieg auch einmal einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Bayern gegeben hat: Wilhelm Hoegner. Das waren immerhin vier Jahre.

Dr. Richard Meng:

Das hat sich aber nicht bewährt.

(Ruth Wagner: Dafür haben wir den Keltenfürsten!)

– Wir haben den Keltenfürsten entdeckt, wobei die Kelten so eine Sache sind. – Frau Wagner, Roland Koch hat eben Alfred Dregger erwähnt, der mit 45 % der Wählerstimmen für seine Partei das beste Einzelergebnis erzielt hat, das nach der Ära Zinn in Hessen jemals eingefahren worden ist. Trotzdem hat er nicht regiert. Warum konnte die FDP nie mit Dregger? Nachher, d. h. in der Zeit, als die GRÜNEN aufkamen, ging das relativ problemlos. Aber mit der von Dregger geführten CDU ging das nicht.

Ruth Wagner:

Die Entwicklung der FDP ist noch komplizierter. Sie hat mit der LDP begonnen, der viele meiner Generation nie beigetreten wären: eine ganz rechte Gruppierung. Wir haben das in einer Kommission des Hessischen Landtags aufgearbeitet. Die LDP hatte 15 % der Stimmen erhalten. Bei der Abstimmung über die Verfassung haben sie sich enthalten. Das war noch das Wenigste; eigentlich waren sie dagegen. Mit dieser Truppe hätte ich nicht zusammenarbeiten können; da wäre ich nie Mitglied geworden.

Die Situation meiner Generation ist von 1968 und der Zeit davor geprägt. Bei der Aufarbeitung habe ich jetzt Folgendes entdeckt: Der Historiker Otto Vossler, der an der Frankfurter Universität lehrte, hat während meiner Studentenzeit in den Jahren 1960 bis 1968 als Erster eine Vorlesung über die Weimarer Republik gehalten. Bis 1968 endete an der Frankfurter Universität und an anderen Universitäten die Geschichte Deutschlands mit dem Ersten Weltkrieg. Otto Vossler hat uns die liberale Idee, die seit 1830/1848 vertreten wurde, nahegebracht. Das hat bei mir große Sympathien geweckt. Das war die Idee, dass sich ein einzelner Mensch für Freiheit, Gerechtigkeit und auch für Gemeinschaft einsetzen kann.

Aber in der ersten Phase hatte ich eine ähnliche Wahrnehmung wie Sie: Der Ministerpräsident von der SPD war der Landesvater vieler Menschen in Hessen, die zu unterschiedlichen Gruppen gehörten. Das kann man nicht anders sagen. Erst mit der Studentenbewegung in den Sechzigerjahren hat in allen vier Parteien eine Besinnung auf die eigenen Werte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingesetzt.

Der Aufstieg der GRÜNEN war eine ganz wichtige Herausforderung für alle anderen, nicht nur für CDU und SPD, sondern auch für uns. Vor allen Dingen die Entwicklung der GRÜNEN von einer reinen Protestpartei zu einer Partei, die Verantwortung übernimmt und der wir in bestimmten Einzelfragen zugestimmt haben, ist, wie ich finde, eine der größten Leistungen der Demokratie in Deutschland.

Dr. Richard Meng:

Herr von Plottnitz, Sie – „Sie“ in der Mehrzahl – sind also schuld daran, dass wir in Hessen von einer Konsens- in eine Konfliktkultur gerutscht sind.

Rupert von Plottnitz:

Fast hätte ich gesagt: Schön wärs. – Nein, so stark waren die GRÜNEN zu keiner Zeit. Wenn es im Hessischen Landtag in den Zeiten, die Sie jetzt im Auge haben, konfliktreicher zugeht als woanders, hat das natürlich auch sehr viel mit der CDU zu tun. Ich erinnere an den berühmten Satz: Wir sind die härteste Opposition in Deutschland. – Das waren natürlich Einladungen, zu denen wir nicht Nein gesagt haben. Dazu machte uns die ganze Auseinandersetzung auch zu viel Spaß.

Dr. Richard Meng:

Aber – ich erinnere z. B. an die „Matrosenanzugrede“ – ihr habt ihn vorher auch hart angenommen.

Rupert von Plottnitz:

Daran erinnere ich mich jetzt nicht. Wir haben uns wenig geschenkt, würde ich sagen. Viel spannender ist, dass sich die Wellen im Landtag inzwischen beruhigt zu haben scheinen und dass es vergleichsweise konfliktärmer zugeht als in der damaligen Zeit. Das ist jedenfalls mein Eindruck von außen. Ob das gut oder schlecht ist, bin ich mir noch gar nicht so sicher. Ich glaube, in den damaligen Zeiten hätte kaum einer sagen können: Die, die da im Landtag hocken, wollen doch alle das Gleiche. – Da gab es schon die berühmten Unterschiede und Unterscheidbarkeiten. Das ist demokratiepolitisch auch kein Nachteil. Wenn ich einen Blick auf Schwarz-Grün und die Folgen werfe, gebe ich allerdings zu: Ich glaube nicht, dass die CDU der Gegenwart noch Lust darauf und Spaß daran hätte, wie 1999 eine Anti-Doppelpass-Kampagne zu führen. Das, was wir derzeit erleben, hat also auch Vorteile.

Dr. Richard Meng:

Das geht heute nicht mehr.

Rupert von Plottnitz:

Nein, es ginge heute wahrscheinlich nicht mehr. – Ich bleibe dabei: Es kann auch prekär werden, wenn der Eindruck verstärkt wird, dass es keine politischen Unterschiede mehr gibt und dass das Angebot von daher ärmer wird.



Eines wollte ich noch zu der vorhin gestellten Frage sagen, warum die CSU in Bayern so stark ist, warum sie sich so lange an der Regierung hält – ob das eine Garantie für die Ewigkeit ist, wissen wir übrigens nicht – und warum die SPD in Hessen nicht gleichermaßen fortdauernd stark ist. Ich glaube, es hat etwas damit zu tun, dass man in Hessen die Frage nach der Identität tatsächlich nur schwer beantworten kann. Ich würde ganz platt sagen: In einem Dirndl- und Trachtenland wie Bayern, in dem sich die Politiker aller Parteien der Öffentlichkeit gern im Lodenmantel und im Trachtenjanker präsentieren, ist es leichter, auch in Konfliktlagen seine eigene Position zu bewahren, als in einem Land wie in Hessen, in dem es derlei Identitätsmerkmale nicht gibt.

Dr. Richard Meng:

Roland Koch, ich habe Sie eben etwas in Schutz genommen, weil Herr Fischer auch nichts hat anbrennen lassen. Aber Sie haben eine harte Opposition gefahren; das ist klar. Alfred Dregger hat das vorgelebt und diese Tradition verkörpert. Die hessische CDU war in diesen Jahren sozusagen ein Kampfbund.

Hans Eichel:

Alfred Dregger hat für den Übergang gesorgt. Die CDU hat sich dafür entschieden, nicht mehr die Honoratiorenpartei zu sein, die sie früher war, auch weil das nicht erfolgreich war. Alfred Dregger hat einen Kampfverband aus ihr gemacht. So war das.

Dr. Richard Meng:

Ich möchte Roland Koch darum bitten, rückblickend eine Einschätzung zu geben. Die Zeit der Polarisierung, in der die Blicke aus der ganzen Republik auf Hessen gerichtet waren und in der hier etwas ausgefochten worden ist, was dann auch in Bonn und Berlin mit Schröder, Fischer und anderen noch einmal von Bedeutung war: Hat diese Polarisierung das Land unter dem Strich eigentlich weitergebracht, oder hat sie ihm geschadet?

Roland Koch:

Auf jeden Fall hat sie das Land weitergebracht. Davon bin ich sehr überzeugt. Es ist mir fast unangenehm, aber ich teile zu 100 % die Meinung von Herrn von Plottnitz im Hinblick auf die Frage, was das in Demokratien auslöst. Damit es ein bisschen Ärger gibt, sage ich: Ich behaupte, wenn wir die Debatten – auch die über den Doppelpass – unter den demokratischen Parteien nicht höchst streitig geführt hätten, wären möglicherweise schon damals Parteien auf den Plan getreten, die uns diese Debatten abgenommen hätten.

Parteien müssen die Emotionen in der Bevölkerung aufgreifen und sie in vollem Umfang im Parlament zur Sprache bringen. Dann müssen sie sich streiten, es muss Mehrheiten und Minderheiten geben, und die Bevölkerung muss mit wenigen Schachzügen die Möglichkeit haben, die einen rauszuschmeißen und die anderen hineinzubringen. Sie müssen das Gefühl der Macht haben, und sie müssen sich mit Meinungen auseinandersetzen, die strikt polarisiert sind. Sie dürfen nicht verfassungswidrig sein;



aber alles, was nicht verfassungswidrig ist, muss im Parlament aufgegriffen werden. Darüber muss es eine Auseinandersetzung geben.

Ich gebe zu, ich hatte eine große Freude daran, in diesen Auseinandersetzungen zu polarisieren. Dem bin ich gar nicht aus dem Weg gegangen. Ich glaube – das würde ich auch heute sagen –, nach dem Krieg war die Große Koalition gut und unter dem Aspekt des Schaffens einer Verfassung sogar fast zwingend notwendig. Aber wenn man die deutsche Demokratie nicht dauernd mit solchen Dingen befassen will, müssen Große Koalitionen schnell zu Ende gehen. Eine Große Koalition ist der beste Generator eines „Friede, Freude, Eierkuchen“-Bundestages, in dem am Schluss nur noch 40 von 600 Abgeordneten den Debatten beiwohnen – auch wichtigen Debatten und solchen, bei denen es der Anstand gebietet, anwesend zu sein.

Als sich Peer Steinbrück – um ihn als Beispiel zu nehmen – verabschiedet hat, waren, glaube ich, nur 37 Abgeordnete im Plenarsaal. Das ist alles absurd, zugleich aber völlig unwichtig, weil die sowieso wissen, wer gewinnt oder wer verliert. Wenn wir das nicht ändern, dürfen wir uns nicht wundern, dass die Abgeordneten ganz neuer Parteien Einzug halten, und dann sitzen plötzlich alle wieder im Parlament. Dann sind ein paar Rechte und ein paar Linksradikale drin, und plötzlich halten sich alle Abgeordneten wieder im Plenarsaal auf. Dann ist es nämlich wichtig, dort zu sein. Vorher, wenn diese Abgeordneten noch nicht im Parlament sind, ist es nicht wichtig, dabei zu sein. Das geht nicht gut.

Dr. Richard Meng:

Ja, aber obwohl Dregger an der Spitze der CDU stand, war in einer Legislaturperiode die NPD im Landtag vertreten.

Roland Koch:

Nein, Vorsicht an der Bahnsteigkante: Als Dregger kam, ist die NPD rausgefliegen. Das muss man sagen. Genau an der Stelle ist es möglich, das Gegenteil zu beweisen: Alfred Dregger hatte als Oberbürgermeister von Fulda noch nicht die Chance, die NPD zu stoppen. Aber solange Alfred Dregger in der Landespolitik aktiv war, wurde das Motto „Rechts von uns gibt es auf der demokratischen Seite nichts mehr“ – das man mögen kann oder nicht – immer umgesetzt.

Dr. Richard Meng:

Wir lernen also: Strategisch denkt die hessische CDU, jedenfalls die unter Roland Koch, an diesem Punkt ähnlich wie die bayerische CSU.

Roland Koch:

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass Roland Koch heute nur noch für sich denkt. Die hessische CDU macht das selbstständig. Insofern weiß ich nicht, ob man in der hessischen CDU so denkt. Aber ich denke so, und ich glaube an dieser Stelle fest daran, das gehört zu den historischen Aufgaben der Union.

Es ist, gerade in einem Land wie Deutschland, eine der großen historischen Leistungen der Union – und zwar nur als Volkspartei –, durch ihre Politik, die anderen oft bis an die Grenze des Erträglichen provozierend, die Bevölkerung im Spannungsfeld der demokratischen Struktur zu halten. Das Problem ist, in der Mitte so viele Kräfte zu haben, dass man sich auf der rechten Seite nicht alles leisten kann, weil man sonst die Mitte verliert. Wenn man eine Partei hat, die nur die Rechte organisieren will, kann man die Mitte vergessen. Diese Leistung hat viel dazu beigetragen, dass unser Land stabilisiert worden ist. Aber das ist nichts Theoretisches – das ist keine Blaupause für das, was man an einer Uni macht –, sondern das ist ein Ringen, und das ist mit Emotionen verbunden.

Dr. Richard Meng:

Wir reden im Moment zwar über die Geschichte, aber gleichzeitig sprechen wir über die strategische Frage, die sich der Union in der Gegenwart stellt – und auch der SPD, wie Herr Eichel sagt. Das ist klar. Allerdings wird die Auseinandersetzung in der Union besonders sichtbar ausgetragen; gelöst ist das Problem jedoch noch nicht. Ich will das nicht auf die Gegenwart projizieren, sondern nur sagen: Manches, was in einem Konfliktland wie Hessen ausgefochten wurde und wird, und manche Philosophien und Erfahrungen, die dahinterstehen, sind nicht nur ein Phänomen der Zeitgeschichte, sondern da gibt es längere Linien – inklusive des Streits. Ich fühle mich sehr herausgefordert, da zu widersprechen, aber das ist heute nicht meine Rolle. – Frau Wagner, Sie zucken zusammen.



Ruth Wagner:

Ich glaube, wir haben in dieser Phase verstanden – zumindest in Hessen als einem der ersten Länder –, dass die Proteste, die die Studenten auf den Straßen, in den Universitäten und in den Fachhochschulen, von denen es noch gar nicht so viele gab, artikuliert haben, etwas mit einem Politikstil zu tun haben, der sich im Laufe von zwei Generationen verfestigt hat. Es fing mit dem Massenstudium an den Universitäten an: Wir saßen zu dritt auf einem Platz, und wir führten zunächst Diskussionen über das Studieren und die Mitbestimmung an den Hochschulen. Dann schwappte das auf die allgemeine Situation über.

Das war für mich auch ein ganz wichtiger Punkt beim Einzug der GRÜNEN in den Hessischen Landtag – ich erinnere an die schönen Bilder von eben –, die erst danach in andere Parlamente gewählt worden sind: Daran kann nämlich aus heutiger Sicht gezeigt werden, dass wir das Thema Umweltschutz, das Thema Bildung und vor allen Dingen das Thema Mitbestimmung in vielen gesellschaftlichen Bereichen in allen anderen Parteien – auch in meiner – nicht genügend aufgenommen hatten. Wir hatten gerade Parteitage hinter uns, aber es hat nicht gereicht.

Ich will noch etwas sagen: Im Laufe des Erwachsenwerdens der GRÜNEN – wenn ich das einmal so ausdrücken darf – gab es, auch im Hessischen Landtag, natürlich Szenen, die einfach legendär geworden sind: Ich saß neben Roland auf der Regierungsbank, und mir wurde aus dem Ministerium ein Aktenkoffer gebracht – so, wie wir das alle erlebt haben; man hat dann ein bisschen gearbeitet. Tarek Al-Wazir ruft auf einmal in den Saal: Da kriegt die Wagner schon das Bestechungsgeld in den Saal getragen. – Was antwortet die Wagner? Sie zitiert den berühmten Satz aus Goethes „Götz von Berlichingen“.

Dr. Richard Meng:

Was hat der Landtagspräsident dazu gesagt?

Ruth Wagner:

Der hat versucht, mich davon abzuhalten. Ich habe diesen Satz dreimal wiederholt. Der Präsident hat gewinkt. Nach der Parlamentssitzung haben mich die Fraktionskollegen zwar nicht zusammengestaucht, aber sie haben gesagt: Ruth, das kannst du so nicht stehen lassen. – Dann habe ich mir etwas überlegt, und der Landtagspräsident hat am nächsten Morgen vorgetragen, dass dies ein Zitat aus einem der wunderbarsten Dramen ist, die Johann Wolfgang von Goethe je geschrieben hat, und dann war das erledigt. Das war eine kulturpolitische Diskussion.

Dr. Richard Meng:

Jetzt möchte ich gern das Spielfeld wechseln; denn wir führen bisher so etwas wie eine politische Insiderdiskussion über das, was sich unter der Käseglocke Parlament befindet. Die Diskussion hat aber, wie ich finde, schon einiges an langen Linien zutage gefördert.

Wenn ich mich aus meiner Hessenzeit an eine parteiübergreifende Klage erinnere, dann ist es die, dass unsere Landespolitik von den Bürgerinnen und Bürgern nicht dauernd intensiv wahrgenommen wird, abgesehen von den machtrelevanten Fragen: Wenn eine Regierung platzt, wenn eine Bundesregierung möglicherweise davon abhängt oder wenn eine Koalition zustande kommt, die eine Weltsensation ist – dazu noch mit den passenden Bildern –, kommt das an; das ist klar. Dann ist die Bevölkerung polarisiert.

Aber im normalen Geschäft der Landespolitik habe ich immer wieder die Klage gehört und es als Journalist manchmal selbst so empfunden – das will ich gleich dazusagen –, dass das, was wir hier treiben und wichtig nehmen, draußen eigentlich eher ein Randaspekt ist. Vier Wochen vor einer Wahl fangen die Leute an, sich zu überlegen, dass es auch noch die Landesebene gibt.

Das Thema ist vorhin auch von den Historikern angesprochen worden; aber in einem Land wie Hessen bietet es sich geradezu an, zu fragen: Wie identitätsrelevant ist es überhaupt, was hier passiert? Wird die Kultur

Hessens – auch die politische Kultur, nicht nur die Lebenskultur – nicht viel kleinräumiger festgelegt? Herr Eichel und Frau Wagner, Sie beide waren auch lange Zeit in der Kommunalpolitik aktiv. Auch Herr von Plottnitz war in Frankfurt in der Kommunalpolitik unterwegs, bevor er nach Wiesbaden kam. Ist nicht das die Ebene, auf der sich die kulturprägenden Dinge ereignen, während das, was hier passiert, weit entfernt bleibt?

Ruth Wagner:

In der Zeit, die wir hier miterlebt haben, war die Erweiterung des Frankfurter Flughafens ein existenzielles Thema im Hinblick auf die Verkehrssituation und den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Das war eine der ganz wichtigen Diskussionen, und sie ist hart geführt worden. Sie ist so geführt worden, dass sie bundesweit Beachtung gefunden hat. Ich denke, es gibt auch andere Dinge, die mit Hessens Wirtschaftssituation insgesamt zusammenhängen. Das war außerordentlich wichtig.

Außerdem war Hessen eines der ersten Länder, in dem sich, außerhalb Berlins, die Studentenbewegung gezeigt hat. Wir waren eine Art Barometer, was bundesweit relevante Themen betraf. Über sie wurde bei uns häufig zuerst diskutiert. Aber es gibt auch Klein-Klein. Vorhin wurde ein Beispiel genannt: Der Bundestag ist auch nicht besser. Wenn bei der Diskussion darüber, wie die Situation Deutschlands in Europa aussehen soll, nur 50 Leute im Plenarsaal sitzen, ist das eine Schande.

Dr. Richard Meng:

Aber jetzt muss ich den Nordhessen fragen: Von Kassel aus gesehen liegt Wiesbaden zwar nicht gerade hinter dem Mond, aber es ist doch aus der Welt.

Hans Eichel:

Wir könnten ja wieder die alten Spielchen zwischen Südhessen und Nordhessen aufmachen.

Dr. Richard Meng:

Nein. Ich will einfach wissen, wo in einem Flächenland politische Identität entsteht. Das ist etwas anderes als in Berlin oder Hamburg. In Hessen gibt es einen gewissen Abstand zwischen den Orten.

Hans Eichel:

Zunächst einmal besteht ein Problem darin – darüber ist heute offenbar in den Arbeitskreisen diskutiert worden –, dass Hessen einfach von Deutschen umzingelt ist. Ich habe früher immer gesagt, Hessen ist ein Land, dessen Türen nach allen Seiten offen stehen; da gehen unheimlich viele Leute durch. Die Landesregierung plakatiert jetzt in Berlin: An Hessen führt kein Weg vorbei. – Es fahren zwar unheimlich viele Leute durch, aber nicht jeder bleibt hier. Ich denke, das ist unser Identitätsproblem, abgesehen davon, dass das Land erst nach dem Krieg aus vier Regionen zusammengesetzt worden ist.

Aber bei der Frage, welche Bedeutung die Landespolitik hat und welche Ebene wahrgenommen wird, hat sich einiges verschoben. Wenn ich mir die Wahlbeteiligung ansehe, stelle ich fest: Früher war es in der Tat so, dass die Wahlbeteiligung auf der kommunalen Ebene und bei Bundestagswahlen hoch war. Bei den Landtagswahlen war sie dagegen niedriger als bei den beiden anderen Wahlen. Es ist eine etwas merkwürdige Sandwichposition, die die Landesebene da einnimmt. Im Übrigen hat das auch viel mit den Medien zu tun: Die Landespolitik findet in den Medien wenig statt. Die Zeitungen bauen ihre Landesberichterstattung reihenweise ab; das alles kann man sehen. In eine ähnliche Sandwichposition gerät inzwischen sogar die Bundespolitik. Allerdings hat die europäische Ebene noch nicht die Autorität, um das zu übernehmen. Das ist auch wieder so ein Problem.

Ich denke, prinzipiell ist die Landespolitik in einer schwierigen Lage. Das war am Anfang anders, weil die Länder zuerst da waren. Zuerst wa-



ren sogar die Kommunen da. Das heißt, der Aufbau ging nacheinander vonstatten, und so hat sich der Bund seine Position erst erobert. Frau Wagner, das, was wir in Hessen an großen Auseinandersetzungen erlebt haben, waren eigentlich bundesweite Auseinandersetzungen – etwa die Diskussion über die Kernkraft –, nur dass vielleicht manch einer eine radikalere Position bezogen hat. Die Studentenbewegung war ebenfalls nicht auf Hessen beschränkt.

Ich sehe das übrigens ein bisschen anders. Ich glaube, das war nicht so sehr ein Pro-test gegen die Älteren, also gegen die diejenigen, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Politik gemacht haben, sondern es handelte sich um das wirkliche Ende der Nazizeit. Die Erinnerung daran hat wie Mehltau über den Fünfziger- und Sechzigerjahren gelegen.

Wir wissen doch alle – ich will gar nicht darüber schimpfen –, dieselben Menschen, die im Dritten Reich irgendwie und irgendwo mitgelaufen sind, haben in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Politik gemacht. Das haben wir in den Fünfzigerjahren erlebt. Erst die Generation, deren Angehörige ihre Eltern gefragt haben: „Was habt ihr eigentlich gewusst? Wie konnte es dazu kommen?“, war für diesen Ausbruch verantwortlich: für das, was 1968 passiert ist. Das war eine bundesdeutsche Geschichte. Nur ist man in Hessen vielleicht – deshalb habe ich vorhin Georg August Zinn beschrieben – ein bisschen anders damit umgegangen, gerade von Staats wegen. Das fand ich gut.

Dr. Richard Meng:

Ich finde Ihre These interessant – vielleicht sind Sie da mit Herrn Koch einer Meinung –, dass die Landespolitik die Bedeutung, die sie in Konflikten hat, auch aus dem Herunterbrechen der großen Themen zieht, die national und international eine Rolle spielen. Trotzdem will ich noch einmal einen Versuch machen, auf die Frage „Was kommt unten an?“ einzugehen.

Herr von Plottnitz, weil Sie Frankfurter sind: Ist es nicht so, dass sich Frankfurt selbst genug ist? Das ist nicht frankfurtspezifisch, sondern gilt auch für Berlin; das sage ich gleich dazu. Das ist etwas, was mich an Berlin immer sehr irritiert hat. Es ist auch einfach eine Frage der Größe. Aber ist es nicht so, dass, weil Frankfurt sich selbst genug ist, Wiesbaden aus Frankfurter Sicht eine Art Residenzstadt für das Umland ist? Oder ändert sich das irgendwann? Oder haben Sie selbst es nur nicht so wahrgenommen, weil Sie nach Wiesbaden gegangen sind?

Rupert von Plottnitz:

In Frankfurt gibt es sicherlich genügend Leute – auch in der Kommunalpolitik –, die die Dinge so sehen, wie Sie sie jetzt karikierend geschildert haben. Das ändert aber nichts an dem entscheidenden Punkt: Nach wie vor gibt es das Land Hessen, und in einem Bundesstaat haben die Länder nun einmal eigene Befugnisse und Zuständigkeiten. Deswegen bin ich immer ein bisschen skeptisch, wenn gesagt wird, das sei doch alles irrelevant geworden, die Länder könne man eigentlich abschaffen. Wer so redet, soll auch sagen, dass der Föderalismus nicht als demokratische Ordnung taugt. Dazu kann ich nur sagen: Die Bundesrepublik war nach 1945, nach den Schandtaten, die der nazistische Zentralstaat in ganz Europa begangen hat, gut beraten, den Föderalismus einzuführen.

Außerdem gibt es, wie schon gesagt worden ist, genügend Felder, bei denen die Landespolitik durchaus auf öffentliches Interesse stößt. Die Flughafen-Frage bewegt die Menschen nach wie vor. Um das zu erkennen, brauche ich nicht auf Frankfurt zu schauen, sondern es reicht mir ein Blick in den Landesteil der Zeitungen. Da ist z. B. die Frage: Was macht eigentlich der Verfassungsschutz hier? Hat er versagt, oder hat er nicht versagt? Muss man ihn verändern, oder braucht man das nicht?

Es gibt im Polizeigesetz bestimmte Zuständigkeiten. Das sind alles hoch spannende Gebiete. Ich kann nur sagen: Wer, vielleicht weil er keine Lust darauf hat, darauf verzichten will, das eigenständig möglichst klug und richtig zu regeln, braucht sich dann nicht darüber zu beschweren, dass die Landesebene keine Bedeutung mehr hat.

Dr. Richard Meng:

Herr Koch, wollen Sie einhaken?

Roland Koch:

Ich glaube, man muss Folgendes sehen: Wie ausführlich wir auch die Identität definieren, Hessen wird als Bundesland aus der Sicht der Leute zwar immer ein gut erklärbares, aber auch ein Stück weit ein Vernunft- und Kopfprodukt sein, während das Land Bayern aufgrund seiner Geschichte eher ein Gefühlsprodukt ist. Das hat Wirkungen. Man erklärt problemloser, warum man ein Bayer ist, als man erklärt, warum man ein Hesse ist – obwohl man es vielleicht genauso gern ist.

Ich habe so etwas immer erlebt, wenn ich in unserem amerikanischen Partnerstaat Wisconsin war, mit dem wir eine langjährige Beziehung pflegen. Die müssten also wissen, dass es nicht nur das Bundesland Bayern gibt. Dann gehe ich in Milwaukee zum German Fest und sehe, dass es dort eine Schnitzel-Kommission gibt, und alle bayerischen Blaskapellen sind an dem Wochenende da, damit ein paar Tausend Deutsche da eine Bierzeltatmosphäre erleben. Da haben wir keine Chance. Wenn es darum geht, wer eine bessere Struktur hat, sind auch die Hessen wieder gefragt. Da sind wir wieder gleichberechtigt. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich glaube, dass wir, wenn wir über die Bedeutung von Ländern reden – die vielleicht wiederkommt –, ein bisschen unterschätzen, was das für ein Potenzial für die Zukunft hat. Selbst wenn wir unterstellen, dass Europa zusammenwächst – hoffentlich –, sind die Länder so etwas wie Haltepunkte. Wenn sich die Menschen außerhalb Deutschlands bewegen, hat das Land Hessen für die Verortung eine andere Bedeutung, als es manchmal der Fall ist, wenn wir unter uns sind. Das hat eben auch eine formale Struktur.

Dr. Richard Meng:

Als Verwaltungseinheit?

Roland Koch:

Ja, als Verwaltungseinheit, die für die Bürger von Bedeutung ist. Wir reden in diesen Tagen immer über die Identifizierung und darüber, ernst genommen zu werden. Wenn es in Hessen – wie in jedem anderen Bundesland auch, das ist ein Föderalismusphänomen – an einer Schule ordentlich Ärger gibt, zieht das Kreise bis zum Plenarsaal. Wenn der Föderalismus abgeschafft würde und die Bundesebene für die Bildung zuständig wäre, würde ein Konflikt, den es an einer Schule gibt, niemals im Deutschen Bundestag thematisiert werden. Das hat natürlich etwas mit der Frage zu tun, ob man mit seinem Herrschaftssystem zufrieden ist und mit der Art und Weise, wie man gehört wird und seine Interessen geltend machen kann.

Aber – letzter Punkt – es wird nicht gelingen, wenn sich die Länder sozusagen verzweigen und sich auf eine rein administrative Rolle konzentrieren, die sie nach der Verfassung nicht haben.

Dr. Richard Meng:

Aber ist nicht genau das der Trend?

Roland Koch:

Ja, im Moment ist er das. Aber Trends kommen und gehen. Im Augenblick ist das aber eher ein sozialdemokratisches als ein christdemokratisches Problem.

Dr. Richard Meng:

Vor 20 Jahren wollten wir alle nach Bonn und nach Berlin. Wer will denn heute noch zur Bundesebene gehen, wenn er im Land etwas geworden ist?

Roland Koch:

Ich glaube, das ist nach wie vor unterschiedlich. Es gibt genug Leute – je nachdem wie die Motivationen sind –, die dorthin gehen. Das sehe ich nicht als Schwierigkeit. Es gibt aber die Schwierigkeit, dass sich – wie ich es heute häufig sehe – Ministerpräsidenten nicht mehr bundespolitisch betätigen wollen. Meine persönliche Einschätzung war immer, dass ich als Mitglied eines Berliner Kabinetts geringere Chancen gehabt hätte, politisch mitzumischen, als als Ministerpräsident eines Landes. Diese Einschätzung muss man nicht teilen. Ich will nur sagen, das ist eine Frage, bei der man abwägen kann.

Es hängt davon ab, ob die Ministerpräsidenten es ordentlich machen. Wenn mich interessierte Menschen aus anderen Ländern der Welt gefragt haben: „Was machst du da eigentlich? Wieso hast du da etwas mit Steuern zu tun?“, habe ich immer gesagt: Das ist aus unserer Sicht eben unsere Chance. Deutschland wird nicht von der Bundeshauptstadt aus regiert – nicht einmal, wenn diese Bundeshauptstadt Berlin heißt –, sondern von den Landeshauptstädten aus. Wenn sich die Ministerpräsidenten nur noch zur Schulreform äußern, nicht aber zur Außenpolitik, zur Verteidigungspolitik oder zur Finanzpolitik, ist es allerdings so. Aber das ist die freie Entscheidung eines Ministerpräsidenten.



Dr. Richard Meng:

Das ist die Erfahrung.

Roland Koch:

Man kann das an dem einen oder anderen sehr gut sehen: In der Sekunde, in der sie ihre Haltung ändern, steht das sofort in der Zeitung. Herr Albig in Schleswig-Holstein äußert sich immer nur zu Fragen der Kanzlerkandidatur – das allerdings, zugegeben, pointiert. Er könnte sich auch zu anderen Fragen äußern und eine große Auseinandersetzung haben. Als Gabriel und ich da waren, gab es viel Durcheinander.

Dr. Richard Meng:

Aber nur wenn die Ministerpräsidenten gegen die eigene Partei antreten, kommen sie in die Schlagzeilen.

Roland Koch:

Das ist doch völlig egal. Von Heiner Geißler stammt die alte Regel: Erst einmal musst du Streit anfangen, egal mit wem. – Dann sind sie wenigstens da.

Ruth Wagner:

Ich will mit einigen Beispielen unterstreichen, dass es einen Vorteil für ein Land bedeutet, wenn es sich vornimmt, eine bestimmte Sache so gut zu unterstützen, dass andere Länder und auch der Bund nicht damit konkurrieren können. Das will ich nicht nur für CDU und FDP sagen, sondern ausdrücklich auch für die beiden Kollegen von den anderen Parteien.

Das Europäische Raumflugkontrollzentrum hat seinen Sitz in Darmstadt. In Darmstadt haben wir auch EUMETSAT. Der ehemalige Präsident der TU Darmstadt – die TUD hat ein eigenes Gesetz von uns bekommen, das er selbst hat ausarbeiten dürfen – ist Generaldirektor bei der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Bei uns gibt es auch das Zentrum für Schwerionenforschung. Wenn man all das zusammennimmt – in einer Stadt, die unterstützt worden ist, weil wir das in Hessen weiterentwickelt haben; Sie haben es dann fortgeführt –, kann man zeigen, wie man mit kommunaler Politik, mit Landespolitik, mit Deutschlandpolitik und mit europäischer Politik so etwas macht.

Ich sage Ihnen: Das Gleiche haben wir – das hat niemand geglaubt – für Kassel erreicht. Wie Sie wissen, war Kassel eine sterbende Stadt. Die Landkreise, unter anderem der Werra-Meißner-Kreis, haben wir ausgehend von einer Demografieuntersuchung als sterbende Landkreise betrachtet. Heute ist, über die Bewerbung dieser Stadt für die Aufnahme in die Welterbe-Liste, die Zahl der Einwohner auf über 200.000 gestiegen. Man weiß, dass man heute von Berlin oder Hamburg kommend in Kassel aussteigen kann und dass der nächste ICE-Halt in Frankfurt ist – hoffentlich folgt der in Darmstadt bald.

Das ist der Punkt, über den wir reden müssen. Die Auseinandersetzung verläuft nicht so, dass auf der einen Seite die Länder stehen und auf der anderen Seite der Bund, sondern es geht um eine kluge Landespolitik. SPD, GRÜNE, CDU und FDP haben es geschafft, dass Hessen innerhalb Europas so eingebunden ist.

Dr. Richard Meng:

Es gibt offenbar provinzielle Landespolitiker, die sich nur auf ihr Land konzentrieren, und es gibt diejenigen, die im kochschen Sinne auch die Außenpolitik mit beeinflussen wollen. Das ist auch meine Erfahrung, aber ich will es noch einmal festhalten.

Ich will Hans Eichel fragen, der der Einzige in dieser Runde ist, der konsequent auch noch viele Jahre Bundespolitik gemacht hat: Gibt es, jenseits der Akteure, Spuren Hessens in der Bundespolitik? Es gab mit Wolfgang Gerhardt, Manfred Kanther, Joschka Fischer und Hans Eichel einmal eine Zeit, in der Hessen personell fast eine solch große Bedeutung hatte wie heutzutage in manchen Bereichen Niedersachsen: Man denkt, man muss in Hannover geboren sein, um in Berlin etwas zu werden. In Hessen war das einmal so. Gibt es aus der Zeit Spuren? Gibt es etwas, was sich auch in politisch-kultureller Hinsicht von Hessen aus im Bund durchgesetzt hat? Kann man so etwas überhaupt beobachten, oder ist die Frage zu abgehoben?

Hans Eichel:

Nein, sie ist nicht abgehoben. Ich habe gesagt, wenn man sich die Hessische Verfassung ansieht, versteht man, welche Rolle Hessen in den Fünfziger- und Sechzigerjahren in der Innenpolitik Deutschlands gespielt hat. Das Betriebsrätegesetz aus dem Jahr 1952 hätte es in dieser Form nicht gegeben, wenn es nicht durch die Hessische Verfassung vorbereitet worden wäre. Das Grundgesetz gibt das nicht her. – Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil war, dass es Rot-Grün zuerst in Hessen gegeben hat und dass dieses Modell dann in Bonn übernommen wurde. Das kann man feststellen; solche Modelle gibt es.

Ich will in einem bestimmten Punkt auf Roland Koch eingehen. Unser Föderalismus ist ein anderer als z. B. der in den Vereinigten Staaten. Wir



haben einen Regierungsföderalismus, was etwas völlig anderes ist. Das ist es übrigens, was die Landtagsabgeordneten alle beklagen: dass die Ministerpräsidenten und Landesminister zum Bundesrat fahren und dort abstimmen dürfen. Dabei würden die Landtage den Ministerpräsidenten und den Ministern am liebsten die Hände binden. Das würden sie gern machen, aber das haben wir nie akzeptiert. Roland Koch hat das nicht akzeptiert, und ich habe es auch nicht akzeptiert. Dann wäre übrigens diese Art von Föderalismus sofort am Ende. Die Landespolitik wird in der Tat nur dadurch auf der nationalen Ebene wahrgenommen, weil vieles ohne den Bundesrat nicht geht.

Das ist die Bühne, die die Ministerpräsidenten haben, und darüber läuft, ganz nüchtern betrachtet, auch ein Stück weit die Rekrutierung von Bundespolitikern. Eine Chance, den Bundesrat wegzubekommen, gibt es also schon deswegen nicht, weil sich die Ministerpräsidenten diese Bühne nicht nehmen lassen. Ich habe als Bundesfinanzminister einmal einen Versuch gemacht, weil ich mich hinreichend darüber geärgert habe, was der Bundesrat mir in der Steuergesetzgebung alles nicht mehr zugestanden hat. Dann habe ich versucht, es für die Föderalismuskommission so hinzubekommen, dass die Länder zwar eine gute Garantie für die Finanzen erhalten, aber nicht mehr blockieren können. Das war völlig ausgeschlossen. Kein Ministerpräsident wäre dazu bereit gewesen, weil dann schlicht der bundespolitische Auftritt weggebrochen wäre. Das ist doch logisch.

Dr. Richard Meng:

Nun will ich die Heldengeschichten ein bisschen relativieren. Ich bin jemand, der dort neben den Ministerpräsidenten eine Weile als kleiner Staatssekretär gesessen und mitbekommen hat, wie das abläuft.

(Hans Eichel: Ja, Politik ist nie so einfach, wie man sie sich vorstellt!)

Ist das denn wirklich mehr als der Versuch, die eigenen Claims abzu- stecken, also die Berücksichtigung der eigenen Interessen zu sichern und sich im Zweifel darauf zu einigen, vom Bund mehr Geld zu fordern? Schließlich ist es die einzige Konsensmöglichkeit der Länder, vom Bund mehr Geld zu fordern. Das passiert ständig; der Bund ist da ein Stück weit erpressbar.

Da das vorhin angesprochen wurde: Ist die Europapolitik der Länder – das habe ich im Land Berlin erlebt, aber auch hier – wirklich mehr als der Versuch, von dem vielen Geld, das in Brüssel verteilt wird, möglichst viel in die eigene Ecke zu bekommen? Das ist niemandem vorzuwerfen; aber die Politik reduziert sich inhaltlich und strategisch oft auf diese Frage der Interessensicherung. Sie werden im Lande Hessen immer gut dastehen, wenn Sie dort viel abgreifen und auch auf den Ministerpräsidentenkonferenzen Ihre Claims abstecken. Aber Sie werden nicht reüssieren, wenn Sie in einer Diskussion über die Lage in den Vereinigten Staaten ein schlaues Argument bringen.

Roland Koch:

Ich würde sagen, für die europäische Ebene gilt das zum Teil und wird auch so bleiben. Fairerweise muss man aber sagen, da sind die Kräfte anders verteilt, sowohl verfassungsrechtlich als auch intellektuell. In der Tat bemühen wir alle uns in Brüssel, unsere Landesinteressen wahrzunehmen. Dabei handelt es sich sehr häufig auch um materielle Interessen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die man dort hat. Dass man im Land Hessen oder in einem anderen Bundesland ernsthaft den Ansatz verfolgt, die europäische Gesetzgebung mitzubestimmen: Das versuchen wir zwar als Lobbyisten, aber wir wissen, dass das eine nationale Aufgabe ist. Es gibt den Europäischen Rat, der zwar wie der Bundesrat funktioniert, aber in ihm sitzt die Bundeskanzlerin und nicht der Ministerpräsident.

Dr. Richard Meng:

Das müsste einer einmal Herrn Seehofer und Herrn Söder sagen.

Roland Koch:

Die haben das größte Schloss da, aber deshalb haben sie nicht mehr Einfluss. – In der nationalen Politik ist die Fragestellung eine andere. Ich würde Ihnen darin zustimmen, dass es da bestimmte Tendenzen gibt. Eine meiner Erklärungen dafür, warum sich viele Ministerpräsidenten heute sehr stark auf ihre Regierungsfunktion konzentrieren, hängt mit dieser Geldfrage zusammen. Da könnten wir uns jetzt mit einem ehemaligen Bundesfinanzminister schön streiten. Da ich immer Landespolitiker geblieben bin, vertrete ich die Auffassung, dass wir ein Problem damit haben, die heutige Aufgabenstellung mit der Finanzverfassung angemessen zu bewältigen. Das kann man in der Bildungspolitik sehr schön sehen.



Meine These war immer: Jedes Land ist für seine Bildungspolitik selbst verantwortlich. Wenn ein Bundesland erklärt, es habe dafür nicht genug Geld, sage ich: Dann stimmt in der Bund-Länder-Geldverteilung etwas nicht; denn die Länder haben den Bund gegründet, damit dieser ein paar Aufgaben wahrnimmt. Im Wesentlichen geht es erst einmal um die Finanzierung der Länder, und dann werden dem Bund einige Aufgaben übertragen – aber nicht so, dass wir dem Bund das Geld geben und der uns anschließend Mittel zuteilt, damit wir unsere Aufgaben machen. Das ist aber ein Streit unter Menschen mit unterschiedlichen Interessen, der sozusagen nie mithilfe der Wissenschaft zu lösen ist. Wir schaffen es in Deutschland noch nicht einmal an einer Universität, die Kosten fair auszurechnen. Das wird immer ein politischer Konflikt bleiben.

Der ist aber offenbar sehr beherrschend. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten eines ostdeutschen Bundeslands, mit dem ich über die Föderalismus verhandelt habe. Er hat gesagt: Pass auf, das ist alles spannend, was du mir erzählst. Aber von mir aus kann der Bund meine Finanzämter, meine Schulen und meine Unis haben, denn ich habe sowieso nicht genug Geld, um das zu bezahlen. – Wenn eine solche Mentalität um sich greift, ist das ein Zeichen dafür, dass das Selbstbewusstsein eines Georg August Zinn nicht mehr vorhanden ist.

Dieses Denken gibt es in Hessen, in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern nach wie vor nicht, und deshalb sage ich Ihnen: Es wird auch in Zukunft genug Ministerpräsidenten geben, die ihr Profil wieder dort schärfen werden. Aber im Augenblick sehe ich, dass dort ein Stück fehlt, das dabei helfen würde, eine gewisse Balance in die nationale Politik zu bringen. Ich mache das nicht einem Einzelnen zum Vor-

wurf; aber ich darf es mir leisten, unzufrieden damit zu sein. Schließlich brauche ich keine Lösung mehr vorzuschlagen.

Dr. Richard Meng:

Wir befinden uns jetzt doch wieder in einer Insiderdiskussion, wonach Hessen ein Land ist wie jedes andere auch und seine Interessen sichert wie jedes andere auch. Aber vielleicht entsteht dadurch nicht allzu viel an Identität; denn es handelt sich dabei um das Tagesgeschäft. Ich habe gestern auf einer Veranstaltung den früheren Ministerpräsidenten eines Nachbarlands getroffen und ihn gefragt: Was ist Ihrer Meinung nach typisch hessisch? – Er hat sich eine Weile am Bart gekratzt und dann gesagt: Grüne Soße.

Das führt mich zu einer Frage, die den Way of Life betrifft – also nicht unbedingt von der Grünen Soße wegführt –: Gibt es in Hessen so etwas wie einen politischen Way of Life, über den man sagen würde: „Hier ist eine politische Kultur entstanden, auch wenn es eine Streikkultur ist, die Wurzeln geschlagen hat und die auch die Identifikation der Menschen mit diesem Land erleichtert“?

Ruth Wagner:

Das Mäkeln, das Jammern und das Lamentieren sind uns irgendwie angeboren – auch wenn es bei den anderen sicherlich ebenso ist. Aber wir haben auch immer spezielle witzige Geschichten dabei. Dazu gehört die Grüne Soße.

Dr. Richard Meng:

Jammern tun sie alle. Aber worauf ist denn jemand stolz, der in Hessen Politik macht?

Ruth Wagner:

Ich bin z. B. auf die Kulturförderung und auf die Hochschulförderung stolz. Da haben wir, exemplarisch für alle anderen, eine Menge geleistet. Die GRÜNEN haben erklärt: Klasse, dass ihr das gemacht habt. – Eine eigenständige Universität wie die in Frankfurt: Wer hätte denn gedacht, dass aus der Frankfurter Universität eine Stiftungshochschule wird? Die Nachfolger haben das auch so gemacht. Alle haben immer gesagt: Kultur

kostet nur. – Falsch: Wenn man 1 € an Landesmitteln für die Kultur einsetzt, bringt das 2,50 bis 3 € Profit. Das haben wir quer durch alle Bereiche hindurch gemacht.

Dr. Richard Meng:

Die Frage geht auch an Rupert von Plottnitz, gerade weil die GRÜNEN mittlerweile in sehr unterschiedlichen Koalitionen unterwegs sind.

Rupert von Plottnitz:

Bei allem Respekt vor der Grünen Soße möchte ich, auch wenn es ein bisschen gewagt klingt, im Zusammenhang mit der Frage, ob es hier so etwas wie einen Way of Life gibt, auf einen Punkt hinweisen, in dem sich, wie ich glaube, Hessen doch merklich von anderen Bundesländern unterscheidet: Das ist eine Tradition multikultureller Internationalität. Das gibt es woanders auch, aber ich glaube, das gibt es hier mehr, und es gab es hier früher. Vielleicht hat es auch etwas damit zu tun, dass in Hessen multikulturelles Zusammenleben zwischen amerikanischen Militärangehörigen und hiesigen Bürgerinnen und Bürgern schon zu einer Zeit stattfand, als das Wort „Multikultur“ überhaupt noch nicht erfunden war.

Dr. Richard Meng:

Bedeutet das auch eine Resistenz gegen Populismus?

Rupert von Plottnitz:

Ich kann nur sagen, ich hoffe es. Aber wenn ich auf meine Stadt Frankfurt schaue, muss ich feststellen, dass es Bemühungen von Pegida gab – und wie all diese schrecklichen Gruppen heißen –, dort etwas Ähnliches zu veranstalten. Es haben sich, wenn ich es richtig gesehen habe – ich war selbst dabei –, zwar 200 Pegida-Anhänger getroffen, aber Tausende von Gegnerinnen und Gegnern haben denen ganz schnell gezeigt, wo ihre Grenzen sind. Ich hoffe, dass es solche Traditionen über Frankfurt hinaus in ganz Hessen gibt. Ich glaube auch, dass sie hier eher virulent sind als woanders.

Dr. Richard Meng:

Vielleicht darf ich einen Einwand formulieren: Ich habe heute Morgen extra nachgelesen, wie viel Prozent der Wählerstimmen die AfD bei den hessischen Kommunalwahlen und drei Wochen später bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hatte. Rheinland-Pfalz ist aus hessischer Sicht nicht die Speerspitze der Internationalität.

(Rupert von Plottnitz: Das ist richtig!)

Der Unterschied beträgt 0,6 %.

Rupert von Plottnitz:

Ich sage nicht, dass in Hessen Gruppierungen wie die AfD bei Wahlen nicht 14 % der Stimmen erhalten können, sei es in Frankfurt, sei es anderswo. Ich sage nur, dass es nach meinem Eindruck hier mehr Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich dagegen wenden und auch bereit sind, sich dafür zwar nicht zu schlagen, aber doch auf die Straße zu gehen.

Dr. Richard Meng:

Also eine stärkere Zivilgesellschaft?

Rupert von Plottnitz:

Eine stärkere Zivilgesellschaft, die eine große Lust auf Multikulturalität hat und auch über Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügt, wie sie woanders vielleicht nicht vorhanden sind.

Ruth Wagner:

Herr Dr. Meng, in welchem anderen Bundesland hat es einen Prozess wie den von Fritz Bauer initiierten gegeben? Einen solchen Prozess gab es nur in Hessen, nirgendwo sonst. Die Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen hat ihr 50-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Landtag gefeiert. Wir haben fast 100 Archivare und Historiker, die vor Ort die Hinterlassenschaften der früheren deutsch-jüdischen Bevölkerung pflegen und sie weltweit ins Netz stellen, damit die Nachfahren darauf zugreifen können. Ich kenne kein anderes Land, in dem so etwas wirklich gemacht wurde. Darauf bin ich stolz.

Rupert von Plottnitz:

Ich möchte etwas einwerfen. Man muss ehrlicherweise dazusagen, dass die Traditionen, für die der Name Fritz Bauer steht, auch in Hessen leider erst sehr spät entdeckt und anerkannt worden sind. Dazu gehören das, was Sie mit geleistet haben, und auch die Gründung des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt. Aber das alles hat doch sehr lang gedauert.

Hans Eichel:

Ich glaube nicht, dass es einen hessischen Way of Life gibt. Wenn ich mich frage, was Hessen eigentlich ausmacht, fallen mir einzelne Dinge ein, z. B. die Paulskirche. Ich finde, das ist nicht nur für Hessen, sondern für ganz Deutschland wirklich konstitutiv. Das, was Jacob Grimm in die Paulskirchenverfassung geschrieben hat, haben wir erst in den Neunzigerjahren wieder richtig ausgegraben, als wir zum ersten Mal heftige Auseinandersetzungen um Flüchtlinge hatten.

Dr. Richard Meng:

Ist das der Bevölkerung in Kassel bewusst?

Hans Eichel:

Es ist schwieriger, denn Nordhessen und Südhessen sind in der Tat zwei sehr unterschiedliche Landesteile. Ich bin Kasseler. Aber so ist es nun einmal. Immerhin gibt es in der Person Jacob Grimm eine Brücke von Kassel zur Paulskirche. Georg Büchner ist jemand, der mir im Zusammenhang mit Hessen sofort einfällt. An einem Punkt bin ich Alt-Kasseläner: Dass die Weltausstellung der Gegenwartskunst, die immer hoch streitig ist, in der nordhessischen Provinz stattfindet, ist unglaublich. Wenn ich als Kasseläner „Paulskirche“ sage, können die Frankfurter vielleicht einmal auf die documenta verweisen. Das ist alles ein bisschen schwierig in Hessen.

Dr. Richard Meng:

Ein kleiner Werblock darf sein.

Hans Eichel:

Aber ich finde, das sind Punkte, die man einzeln hervorheben kann. Wenn wir uns alle darauf verständigen, dass wir als Hessen stolz darauf sind, haben wir ja etwas. Aber ich glaube nicht, dass es so etwas wie ein gemeinsames Lebensgefühl gibt.

Roland Koch:

Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns mit dieser Problematik nicht zu sehr isolieren. Die Gebirgsschützen sind in Würzburg nicht sehr populär, und Rheinländer und Westfalen haben immer noch ein sehr intellektuelles Problem damit, sich als gemeinsam in einem Land lebend zu bezeichnen. Die Grenze zwischen Badenern und Württembergern finde ich schneller als die zwischen Nordhessen und Südhessen. In all diesen Ländern lebt man trotzdem ganz vernünftig. Lassen wir also bei der Frage die Kirche im Dorf.

Wenn aber der Kasseläner und der Frankfurter, trotz der preußischen Berlin-Verbundenheit in Hessen integriert, gefragt werden – wir kennen das: gestützte oder ungestützte Umfrage –, was jenseits des Gefühls daran ist, stellt sich heraus, dass Hessen ein bisschen ein Schmelztiegelland ist: dass hier Konflikte schneller aufeinander-treffen, dass die Leute aber auch Kulturen entwickelt haben, um mit diesen Konflikten umzugehen, und dass das durchaus etwas mit wirtschaftlicher Prosperität, mit dem Umgang mit Internationalität und mit technischer Innovation an unterschiedlichen Stellen zu tun hat. Ich glaube, das ist etwas – ich bleibe dabei, das spricht nicht so sehr das Herz an, sondern mehr den Kopf –, mit dem man dieses Land korrekterweise beschreibt: Chancen und Risiken.

Dann ist es vielleicht nicht ganz überraschend, dass es eher hier als anderswo zu Modellen wie Rot-Grün oder Schwarz-Grün kommt. Das passiert auch im Spannungsfeld einer dominierenden Großstadt, mit allem, was dominierende Großstädte so ausmacht – aber eben eine Großstadt, die nicht, wie andere Großstädte, die zugleich Bundesländer sind, abheben kann, sondern in ihre Umgebung integriert ist, die sie einfängt. Dadurch ist eine besondere Struktur aufgebaut worden. Ich glaube, Hessen hat viele Vorteile dadurch, zum einen was das Selbstbewusstsein der Menschen betrifft, die darüber reden, und zum anderen auch im Hinblick auf die ökonomischen und kulturellen Ergebnisse, die in diesem Spannungsfeld erzielt werden.

Bei allem Respekt vor dem Ministerpräsidenten des Nachbarlands: Die Grüne Soße ist noch in Ordnung, unabhängig von der Farbe und den Hintergründen – oder was auch immer. Man könnte den Handkäs, Rippchen mit Kraut und die Ahle Wurst, die wir europarechtlich geschützt haben, dazunehmen. Ich würde jedoch sagen, das andere ist bedeutender. Viele Leute sagen: Wenn wir uns anschauen, was in Hessen passiert, gewinnen wir eine grobe Vorstellung von dem aktuellen Stand auch größerer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist doch etwas Schönes.

Dr. Richard Meng:

Wobei ich dazusagen muss: Hessen oder Berlin – auch ich habe mein halbes politisches Leben lang gedacht, dass die Dinge in Hessen früher passieren, bis mir der Regierende Bürgermeister erklärt hat, wenn ich Berlin verstehen wolle, müsse ich wissen, dass in Berlin alles ein bisschen früher passiert.

(Roland Koch: Die glauben jedenfalls daran!)

Aber ich möchte Rupert von Plottnitz noch eine Frage stellen.

(Rupert von Plottnitz: Aber in Meck-Pomm haben wir es erst 100 Jahre später!)

– Nein, über Meck-Pomm reden wir jetzt nicht; da geschieht alles langsamer. – Meine Frage ist: Ist nach Ihrem Eindruck diese Landesidentität eher im Wachsen, oder ist sie im Rückgang begriffen? Wir leben in einer Zeit, in der vor allem die jüngeren Leute über das Internet kommunizieren und sich zusammenschließen, in der die persönliche Begegnung in den Hintergrund tritt und bei der Meinungsbildung möglicherweise in einem Umfang, den wir uns noch gar nicht träumen lassen, unwichtig wird. Müssen wir da eigentlich Angst haben, oder würden Sie sagen: „Die Landesidentität stabilisiert sich“?

Rupert von Plottnitz:

Ich möchte so darauf antworten: Die Landesidentität ist in Hessen möglicherweise unsichtbarer als woanders. Aber nehmen wir einmal an, die amtierenden Ministerpräsidenten in Hessen und in Rheinland-Pfalz kommen auf die Idee, beide Bundesländer fusionieren zu lassen. Für diesen

Fall ist nach dem Grundgesetz eine Volksabstimmung vorgesehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es bei den Hessinnen und Hessen schnell Mehrheiten für den Vorschlag „Ab morgen gibt es Hessen als Bundesland nicht mehr, sondern wir machen jetzt ein Gemeinschaftsprojekt mit Rheinland-Pfalz“ geben würde. In Berlin hat es einmal eine solche Diskussion gegeben; das wissen Sie besser.

Dr. Richard Meng:

Das können Sie vergessen. Kein Land schafft sich selbst ab. Das ist eine reine Journalistendiskussion.

Rupert von Plottnitz:

Einen Augenblick. Darüber entscheiden dann nicht die Regierungen.

Dr. Richard Meng:

Nein, ich rede von der Bevölkerung.

Rupert von Plottnitz:

Aber das spricht doch dafür, dass es immer noch so etwas wie eine zwar wenig sichtbare, aber offensichtlich virulent existierende Identität gibt.

Dr. Richard Meng:

Ex negativo haben Sie hiermit eine Identität definiert. Liebe Herren Historiker, wir haben immerhin eine Antwort auf die Frage nach der Identität.

Wir nähern uns langsam dem Ende der Diskussion. In einer kurzen Schlussrunde möchte ich um Ihre Assoziationen zu dem Satzanfang „Hessen ist für mich ...“ bitten.

Ruth Wagner:

Hessen ist für mich natürlich Heimat – vor allen Dingen politische Heimat –, und ich habe auch eine Entdeckung gemacht: Vor 70 Jahren ist in Königstein im Taunus das Grundgesetz entworfen worden. Theodor

Heuss und andere hatten in der Vorbereitungsphase eine Formulierung für Art. 1 Grundgesetz erarbeitet. CDU und SPD hatten diesen Satz vorgeschlagen:

Die Würde des Menschen ruht auf ewigen, einem Jeden von Natur aus eigenen Rechten.

Heuss hat es so formuliert:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Den zweiten Satz vergessen die meisten heute. Er heißt:

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Sowohl das Parlament als auch die Regierung und die Gerichte sind dazu verpflichtet. Das ist es, was Hessen eigentlich ausmacht. Das ist in Hessen passiert, und das ist die Grundlage all dessen, worüber wir in der Bundesrepublik diskutieren.

Roland Koch:

Ich gehe da weniger akademisch vor. Hessen ist für mich ein unglaublich spannendes Land, in dem ich wahnsinnig gern lebe.

Hans Eichel:

Hessen ist für mich die Paulskirche, d. h. Demokratie.

Rupert von Plottnitz:

Das würde ich auch sagen. Hessen ist für mich nach wie vor ein stabiles demokratisches Gemeinwesen, das, bei den Entwicklungen, die wir in der Bundesrepublik erleben, für die Zukunft als solches geschützt werden muss.

Dr. Richard Meng:

Ich danke Ihnen für diese, wie ich fand, spannende Diskussion. Ich will

Ihnen noch einen Satz vorlesen, den ich in einer Rede gefunden habe und der in seiner Schnörkellosigkeit vielleicht auch typisch hessisch ist. Er stammt von Theo Schiller, einem Politikwissenschaftler aus Marburg, der vor zehn Jahren eine Rede zu dem Thema „60 Jahre Hessen“ gehalten hat. Sie hatte den profanen, typisch hessischen Schlusssatz:

Geschichte geht weiter, und es wird weitere Jubiläen geben.

Herzlichen Dank.

Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen nicht zu viel versprochen. Es ist spannend. Man könnte sicherlich noch länger zuhören. Hans Eichel, Rupert von Plottnitz, Roland Koch und Ruth Wagner, ganz herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)